



Working Paper

**Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen:
Prognosemodell besteht Feuertaufe**

Helmut Norpoth

Thomas Gschwend

Helmut Norpoth, Thomas Gschwend

**Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen:
Prognosemodell besteht Feuertaufe**

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 75, 2004

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Norpoth, Helmut:

Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen : Prognosemodell besteht Feuer taufe /
Helmut Norpoth ; Thomas Gschwend. – Mannheim : MZES, 2004
(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 75)
ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 2,60

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

Helmut Norpoth, Ph.D. (University of Michigan, 1974), ist Professor für Politikwissenschaft an der Stony Brook Universität, USA. Davor war er Assistent am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA) in Köln und hat an den Universitäten Texas, Arizona und Essex gelehrt. Seine Forschungsinteressen sind im Bereich der Politischen Soziologie angesiedelt. Der jüngste Schwerpunkt seiner Forschungen betrifft das Thema Wahlprognosen.

Thomas Gschwend, Ph.D (SUNY Stony Brook, 2001) ist Post-Doctoral Research Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Seine Forschungsinteressen betreffen die Bereiche der Politischen Soziologie, Vergleichenden Politikwissenschaft, Politische Psychologie sowie Methoden der empirischen Sozialforschung.

Helmut Norpoth, Thomas Gschwend

Mit Rot-Grün ins Schwarze getroffen: Prognosemodell besteht Feuertaufe *

Die Wahlentscheidungen von über 85 Prozent der Wähler stimmen mit unserem theoretischen Modell überein. Das ist in der Tat höher als der Prozentsatz der Wähler, die vor der Wahl in der Lage waren, ihr eigenes Verhalten richtig vorherzusagen.

--- *The American Voter* (eigene Übersetzung)

* Die in diesem Beitrag enthaltene Prognose zur Bundestagswahl 2002 ist bei zahlreichen Anlässen vorgestellt worden, u.a. bei der Jahrestagung der American Political Science Association in Boston, 29. August-1. September 2002, beim Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln, 2. August 2002, dem BMV-Gymnasium in Essen, 16. September 2002, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Gärtringen, 12. Oktober 2002, der Tagung über Wahlen an der Columbia University in New York, 18.-19. Oktober 2002, dem Center for the Study of Democracy an der University of California in Irvine, 10.-11. Januar 2003, sowie bei einer Vielzahl von Interviews im Radio und Fernsehen und Veröffentlichungen in der Presse. Dafür danken wir insbesondere Gode Japs und Nikolas Westerhoff (Deutschlandfunk), Thomas Josef Dauser (ARD), Christian Herbst und Christian Schütte (Financial Times Deutschland), Alva Gehrmann (SPIEGEL online), Tobias Hürter (Süddeutsche Zeitung), Andreas Hacker (Südwest Presse), Guido Behsen (Hamburger Morgenpost), Anja Schmiedeke (Neue Presse Hannover), Stephan Töngi (Mannheimer Morgen) sowie Ruppert Mayr und Jochen Neumeyer (dpa). Für tatkräftige Unterstützung sind wir der Pressestelle der Universität Mannheim, insbesondere Achim Fischer, zu großem Dank verpflichtet. Für Anregungen, aber auch Kritik danken wir Franz Bauske, Clay Clemens, David Conradt, Russ Dalton, Dieter Dettke, Bob Erikson, Andrew Gelman, Wolfgang Gibowski, Anne Hasel, Markus Klein, Manfred Küchler, Peter Kotzian, Michael Lewis-Beck, Albert-Leo Norpoth, Franz Urban Pappi, Doug Rivers, Robert Rohrschneider, Dieter Roth, Erwin Rose, Barbara Schaan, Bodo Schaff, Erwin K. Scheuch, Reinhart Schneider, Susumu Shikano, Dirk Vogel, Helga Welsh, Bernhard Wessels, Andreas Wüst und Bundeskanzler Gerhard Schröder höchstpersönlich. Es sollte selbstverständlich sein, dass jedwede Ähnlichkeit von Prognosen und Autorenpräferenzen völlig zufällig ist.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag evaluiert unser Wahlprognosemodell, das im Bundestagswahlkampf 2002 erstmalig einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Die Regierungsparteien, so die zuerst von dpa am 23. Juni verbreitete und am 24. August bestätigte Prognose, würden insgesamt einen Stimmenanteil von 47.1 Prozent erringen. Heute wissen wir, dass wir damit voll ins Schwarze getroffen haben. Wie gut hat sich das Prognosemodell im Verlauf des Wahljahrs bewährt? Wie genau trifft das Prognosemodell die Ergebnisse anderer Bundestagswahlen? In diesem Beitrag versuchen wir Antworten auf diese Fragen zu liefern. Daneben stellen wir die unter Einschluss des Ergebnisses von 2002 neu geschätzte Prognosegleichung für 2006 vor und formulieren bedingte Prognosen für den Ausgang der kommenden Bundestagswahl, in Abhängigkeit von dem zu erwartenden Stand unserer Vorhersagevariablen.

Inhalt

1.	Einleitung	1
2.	Das Prognosemodell	1
2.1.	Parteiunterstützung	2
2.2.	Kanzlerunterstützung	4
2.3.	Regierungsverschleiß	6
3.	Die „Zauberformel“	7
4.	Prognoseschwankungen	9
5.	Prognose für die Wahl 2006	10
6.	Schlussbemerkungen	13
	Literatur.....	14

1. Einleitung

Was amerikanischen Wählern recht ist, kann den deutschen nur billig sein: ihre Entscheidungen am Wahltag von einem theoretisch begründeten Modell vorhersagen zu lassen. Allzu lange ist die Wahlprognostik den Umfrageinstituten überlassen geblieben. Die Medien füttern den unersättlichen Appetit der Wählerschaft mit Umfrageergebnissen, die 2002 fast täglich den letzten Stand des Wettrennens der Parteien um die Wählergunst lieferten. Wo bleibt da die sozialwissenschaftliche Wahlforschung? Hat sie keine Theorien, Modelle oder Hypothesen anzubieten, die zu Prognosen von Wahlen taugen?

Bei der Bundestagswahl 2002 kam es zu einer Prognose mithilfe eines Modells, das den Lesern des Blauen Bandes zur Wahl 1998 vertraut ist (Gschwend und Norpoth 2001)¹. Drei Monate vor dem Wahltag sagte unser Prognosemodell den Sieg von Rot-Grün voraus. Die Regierungsparteien, so die zuerst von dpa am 23. Juni verbreitete und am 24. August bestätigte Prognose, würden insgesamt einen Stimmenanteil von 47.1 Prozent erringen (Neumeyer 2002). Das musste reichen zu einem Sieg über die CDU/CSU-FDP Opposition, solange alle sonstigen Parteien, einschließlich PDS, mindestens 6 Prozent erreichten. Die Prognose ging in Erfüllung, genau bis zur Stelle hinterm Komma, und unter höchst widrigen Umständen.

War das ein einmaliger Glücksfall? Wie gut hat sich das Prognosemodell im Verlauf des Wahljahrs bewährt? Wie genau trifft das Prognosemodell die Ergebnisse anderer Bundestagswahlen? Was versprachen die einzelnen Elemente des Modells den Regierungsparteien am Wahltag? In diesem Beitrag versuchen wir Antworten auf diese Fragen zu liefern. Daneben stellen wir die unter Einschluss des Ergebnisses von 2002 neu geschätzte Prognosegleichung für die nächste Bundestagswahl vor und machen bedingte Prognosen für diese Wahl, je nach dem Stand unserer Vorhersagevariablen vor der Wahl 2006.

2. Das Prognosemodell

Eine Wahlprognose mit einem Modell des Wählerverhaltens zu machen (und zu veröffentlichen), war etwas Neues in Deutschland². Aber es war keine Nachricht, die auf viel Beifall stieß. Die erste Reaktion war eher eine Mischung aus Verwunderung, Zweifel, Spott und Ablehnung. Unsere „Zauberformel“, so die gängige Bezeichnung in den Medien, roch stark nach Alchemie. „Das Modell wird die nächste Wahl [2002] nicht überleben,“ prophezeite ein bekannter Demoskop (zitiert in Neumeyer 2002). Es stimmt natürlich, dass zu jenem Zeitpunkt (Juni 2002) die Aussichten von Rot-Grün in allen Umfragen miserabel waren. Ein Sieg der Opposition galt als ausgemacht. Wie konnte es dann passieren, dass

¹ Daneben gibt es mittlerweile auch Wahlbörsen wie z.B. WAHL\$TREET in der ZEIT, an denen die Stimmenanteile der Parteien bei einer anstehenden Wahl mit echten, wenn auch begrenzten Geldmengen gehandelt werden.

² Zu modellgesteuerten Wahlprognosen in den USA siehe Lewis-Beck und Rice 1992, Norpoth 1995, Campbell und Garand 2000 sowie Jones 2002.

unsere Prognose ins Schwarze traf, während die Umfragen erst sehr spät sich unserer Vorhersage annäherten? Und nie mit der Präzision unserer Prognose, was den Anteil der Regierungsparteien anbelangt? Hatten wir einfach Glück? Mehr Glück als Verstand?

Es ist nicht zu bestreiten, dass ein Treffer ins Schwarze immer ein Glücksfall ist. Aber unsere Prognose war kein blinder Wurf. Sie wurde stattdessen von einem Modell geliefert, das sich Einsichten der Wahlforschung zunutzen macht. Diese Einsichten sind seit der Wahlstudie 1961 in Deutschland (Scheuch 2000) bekannt und in vielen Beiträgen zu den Blauen Bänden belegt. Unser Ausgangspunkt war das theoretische Modell der Michigan-Schule, das sich damit empfiehlt, die Entscheidungen der Wähler besser vorherzusagen, als die es selbst konnten (Campbell et. al. 1960: 74).

Was die kurzfristigen Einflüsse bei der Wahl anbelangt, vertraut unser Prognosemodell auf die Einschätzung der Kanzlerkandidaten. Wer von den beiden steht höher in der Gunst vor der Wahl? Daneben bedient sich unser Prognosemodell der Parteiunterstützung, soweit sie langfristig stabil ist. Die Verteilung der „Parteiidentifikation“ im Aggregat bestimmt überwiegend die Ausgangslage („normal vote“) für eine jeweilige Wahl. Hinzu kommt eine mittelfristige Dynamik des Regierungsverschleißes („cost of ruling“). Mit zunehmender Amtszeit ist zu erwarten, dass die Unterstützung von Regierungsparteien bei Wahlen abnimmt. Die theoretische Ableitung dieser Elemente sowie ihre Messung ist im Blauen Band zur Wahl 1998 ausführlich dargestellt (Gschwend und Norpoth 2000, 2001, sowie Norpoth und Gschwend 2003). Es sei jedoch betont, dass unser Modell nur in der Lage ist, Prognosen für die gemeinsamen Stimmenanteile der amtierenden Regierungskoalitionen zu liefern, nicht die jeweiligen Anteile aller Parteien³. Gehen wir zunächst auf den eingängigsten Prognosefaktor ein.

2.1. Parteiunterstützung

In Deutschland wählt man bekanntermaßen Parteien. Das stimmt technisch gesehen, lässt jedoch offen, inwieweit es sich hier um langfristig stabile Einstellungen oder kurzfristig variable Meinungen handelt. Was den Partiefaktor anbelangt, geht es uns hier um langfristig stabile Parteibindungen - „Parteiidentifikationen“ (Campbell et. al. 1960). Idealerweise würde man Messungen der Parteiidentifikation aus Umfragen (Wahlstudien) entnehmen, aber dazu reicht das Angebot nicht für die ersten 20 Jahre der Bundesrepublik. Wir waren daher zu einer Alternativlösung gezwungen. Dabei ließen wir uns von der Annahme leiten, dass die langfristige Verteilung der Parteibindungen sich über kurz oder lang im Schnitt der Wahlergebnisse selbst manifestiert. Normal ist, was durchschnittlich passiert. Somit definieren wir die normale Unterstützung einer Partei als das, was sie zuletzt im Schnitt erhalten

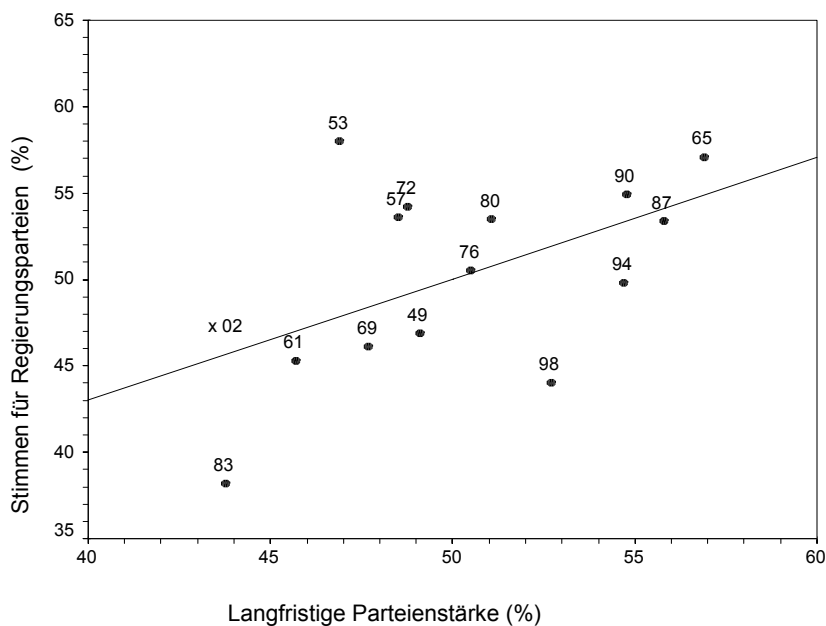
³ Unsere Analyse setzt für die Bundestagswahl 1983 die SPD als Regierungspartei mit Helmut Schmidt als amtierenden Bundeskanzler ein (mit seiner Kanzlerunterstützung vor der Ablösung im Herbst 1982). Wir betrachten die Wahl 1983 als eine nachvollzogene Abrechnung der deutschen Wählerschaft mit der sozial-liberalen Regierung, genauer gesagt mit dem Teil, der nach dem Auszug der FDP noch blieb. Eine weitere Sonderregelung haben wir für die Bundestagswahl 1969 getroffen. Da trotz Großer Koalition CDU/CSU und SPD in der Kanzlerfrage miteinander konkurrierten, haben wir nur die Union, als Partei des amtierenden Kanzlers, als Regierungspartei eingesetzt.

haben (in den letzten drei Wahlen)⁴. Ein entscheidender Vorteil der so gemessenen Parteiunterstützung ist, dass sie dem Einfluss kurzfristiger Kräfte entzogen ist. Was immer z. B. Rot-Grün nach dieser Schätzung bei der Wahl 2002 an langfristigem Wählerrückhalt aufwies, konnte nicht dem Ansehen von Bundeskanzler Schröder im selben Jahr zugeschrieben werden.

Die langfristige Parteiunterstützung der Regierungsparteien, wie man in Schaubild 1 sehen kann, wirft ein klares Licht auf den Stimmenanteil, den diese Parteien bei Bundestagswahlen von 1953 bis 1998 erhalten⁵. Die in Schaubild 1 eingetragene Gerade beruht auf der Regression dieser beiden Variablen. Die meisten Bundestagswahlen liegen nicht weit ab davon. Es stimmt also, dass man Parteien wählt in Deutschland.

Wie war es nun bei der Wahl 2002? Mit welchem Ergebnis konnte Rot-Grün rechnen auf Grund des langfristigen Rückhalts von SPD und Grünen in der deutschen Wählerschaft? Nach unserer Rechnung (Mittel der Prozente in den letzten drei Bundestagswahlen) belief sich dieser Rückhalt auf 43.3 Prozent. Wie man in Schaubild 1 schnell sehen kann, war dies der niedrigste Stand an Parteiunterstützung, mit dem je eine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundestagswahl bestritten hat.

Schaubild 1: Parteienstärke und Regierungswahl



⁴ Für Bundestagswahlen ohne drei Vorgänger (1953 und 1957) benutzen wir nur die unmittelbar zurückliegende Wahl. Die Wahl 1949 geht nicht in die Analyse ein; ohnehin liegen keine Angaben zur Kanzlerunterstützung vor.

⁵ Der Stimmenanteil ist notwendigerweise abhängig von dem jeweiligen Grad der Wahlbeteiligung. In Ermangelung eines separaten Modells zur Vorhersage der Wahlbeteiligung nehmen wir vereinfachend an, dass die Mobilisierung der Wähler des Regierungslager sich nicht systematisch von den anderen Parteien unterscheidet.

Das verhiß nichts Gutes für die Aussichten der rot-grünen Regierung am 22. September 2002. Entsprechend der Regressionsgeraden war zu erwarten, dass SPD und Grüne zusammen auf kaum 45 Prozent an Stimmen kommen würden. Es sei vermerkt, dass in die Bestimmung dieser Regression nur die Wahlen von 1953 bis 1998 eingegangen sind. Die Wahl 2002 ist nachträglich zu illustrativen Zwecken in Schaubild 1 eingetragen worden (als x).

Die äußerst schwache Ausgangslage mag erklären, warum die Regierungsparteien in den Umfragen lange zurück lagen, bis dann der Wahlkampf auf volle Touren kam. Langfristig hatte die Alternative von CDU/CSU und FDP deutlich Überwasser. Dieser Gesichtspunkt ist in der Berichterstattung über Umfragen kaum, wenn überhaupt, zur Sprache gekommen. Dass Rot-Grün bei der Wahl 2002 über den historisch gemessenen Tiefsstand an langfristig wirksamer Parteiunterstützung hinauswuchs, hat entscheidend mit dem nächsten Element unseres Prognosemodells zu tun.

2.2. Kanzlerunterstützung

„Auf den Kanzler kommt es an!“ So sah es sicherlich bei der jüngsten Bundestagswahl aus. Aber nicht erst bei ihr. Auch wenn die deutschen Wähler auf dem Stimmzettel kein Kreuzchen neben Kanzlerkandidaten machen können, so muss das nicht heißen, dass Einschätzungen dieser Kandidaten die Hand der Wähler nicht doch lenken. Es sei daran erinnert, dass streng genommen auch die Wähler in den USA nicht direkt für Präsidenten stimmen können. Was die kurzfristigen Einflüsse bei einer Bundestagswahl anbelangt, so gibt es u. E. keinen besseren Indikator als die Kanzlerfrage (Klingemann und Taylor 1977; Norpoth 1977; Kaase 1994; Gabriel und Vetter 1998; Klein und Ohr 2000; Brettschneider 2001; Pappi und Shikano 2003). Sie zeigt nicht nur an, wie die Kanzlerkandidaten einem persönlich zusagen (sieht gut aus, toller Redner, hat Stil, sympathisch etc.), sondern auch wie zufrieden man mit der Amtsführung des Bundeskanzlers und den Regierungsleistungen ist. Darüber hinaus trägt die Kanzlerfrage auch Tagesproblemen (Issues) Rechnung. Sie tut es, insoweit Wähler Unterschiede zwischen den Kanzlerkandidaten wahrnehmen und ihre Präferenz entsprechend ausrichten. Ohne eine Verrechnung dieser Art kann kein Issue eine Wahlwirkung erzeugen. Was politische Dauerthemen anbelangt, so ist anzunehmen, dass die sich in langfristigen Parteibindungen niederschlagen.

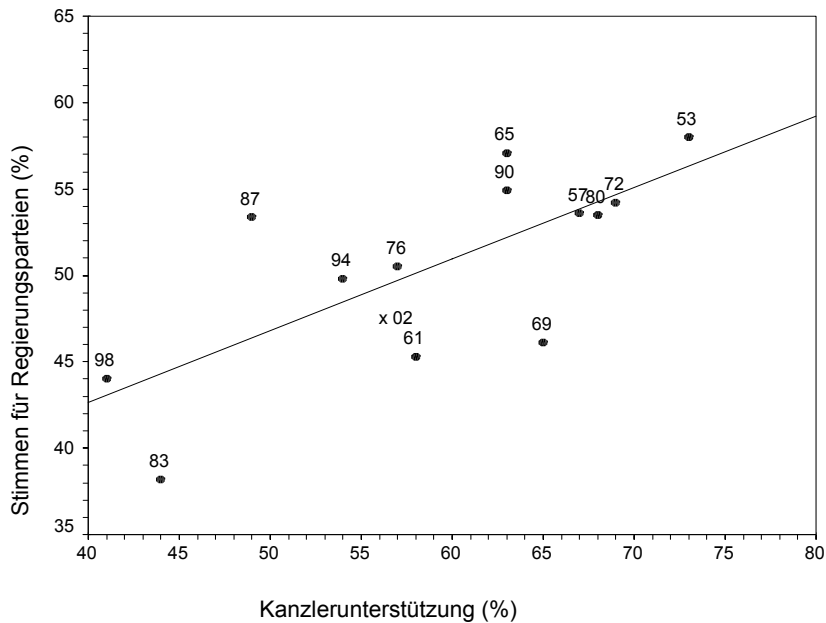
So weit wie möglich, also seit der Bundestagswahl 1972, stützen wir uns bei der Kanzlerpräferenz auf die klassische Frage der Forschungsgruppe Wahlen nach dem gewünschten Bundeskanzler:

„*Wen hätten Sie lieber als Bundeskanzler, [Name des Amtsinhabers]
oder [Name des Kandidaten der Opposition]?*“

Für die Wahlen der 60er Jahre haben wir ein entsprechendes Instrument aus den deutschen Wahlstudien konstruiert. Bei den Wahlen der 50er Jahre—und wegen der besonderen Umstände der Wahl 1983—waren wir gezwungen, auf die Frage nach der Zustimmung zum amtierenden Bundeskanzler

zurückzugreifen („Sind Sie mit der Politik von Kanzler [Name] einverstanden?“)⁶. Damit ergibt sich eine durchgehende Zeitreihe der Kanzlerpräferenz bei Bundestagswahlen von 1953 bis 2002. Der jeweilige Wert gibt dabei den Prozentanteil derer an, die den amtierenden Bundeskanzler favorisieren (unter Ausschluss der Unentschlossenen). Um Zufallsschwankungen zu glätten, bilden wir bei jeder Wahl den jeweiligen Mittelwert in den Erhebungen ein bis zwei Monate vor dem Wahltag.

Schaubild 2: Kanzlerunterstützung und Regierungswahl



Aus Schaubild 2 kann man ersehen, dass die Kanzlerunterstützung einen hohen Prognosewert für Bundestagswahlen hat. Die meisten Wahlen liegen eng an der eingetragenen Regressionsgeraden. Man wählt also auch Kanzler in Deutschland, und hat es immer schon getan. Adenauers Erdrutschsieg 1953 passt genau so gut in das Muster wie Kohls Abwahl 1998. Wenn überhaupt, dann korreliert die Wahlentscheidung zugunsten der amtierenden Regierung erheblich stärker mit der Kanzlerunterstützung (0.71) als mit langfristiger Parteiunterstützung (0.50). Wie war es nun bei der Wahl 2002? Mit welchem Ergebnis konnte Rot-Grün rechnen auf Grund der Unterstützung von Bundeskanzler Schröder in der deutschen Wählerschaft?

Nach unserer Rechnung (Mittel der Politbarometer ein Monat und zwei Monate vor der Wahl, also Juli und August, unter Ausschluss der Unentschlossenen) belief sich Schröders Unterstützung auf 57 Prozent⁷. Wie man in Schaubild 2 schnell sehen kann, rangiert Schröder damit im Mittelfeld der Popu-

⁶ Zur Konstruktion dieser Variable für die Wahlen 1961 bis 1976 siehe Norpoth (1977, Fußnote 34). Da im gesamten Zeitraum der Anteil der Unentschlossenen bzw. Meinungslosen stark variiert, haben wir die Kanzlerunterstützung unter Ausschluss dieser Befragten prozentuiert. Das lässt alle amtierenden Kanzler populärer erscheinen, als sie es in Wirklichkeit waren. Da dieser Effekt allen hilft, verzerrt er weder die Analyse noch die Prognose.

⁷ Die Unterschiede in der Frageformulierung zur Messung der Kanzlerpräferenz sind von Institut zu Institut sehr gering, wenn der Anteil der Unentschlossenen erst einmal herausgerechnet worden ist. Mit ihren Messungen der Kanzlerpräferenz kamen die anderen vier Umfrageinstitute (Infratest dimap, EMNID, Forsa, und Allensbach) nach unserer Kalkulation auch im Schnitt auf 57 Prozent für Schröder in den Monaten Juli und August.

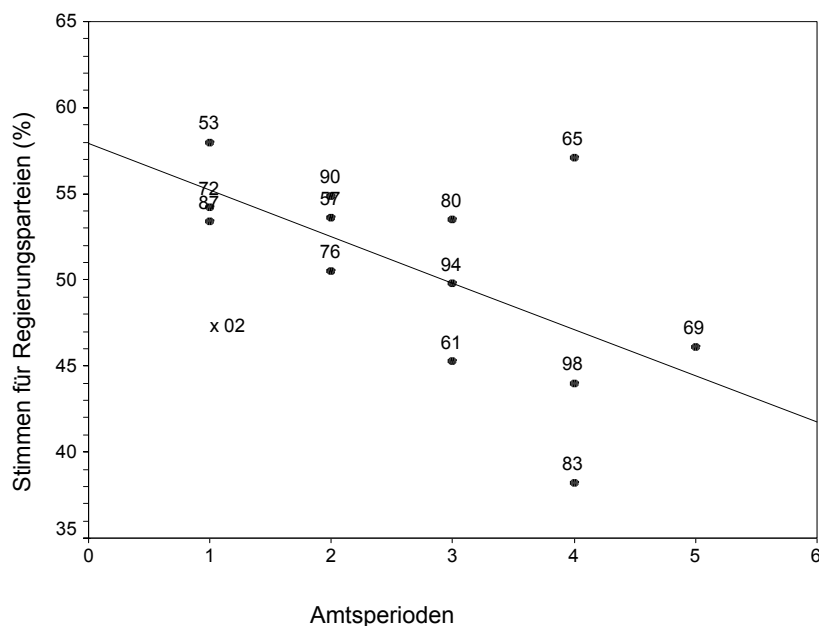
larität deutscher Bundeskanzler, vergleichbar mit Helmut Schmidt 1976. Ein solcher Wert entpuppt sich als guter Prophet für einen Wahlsieg der rot-grünen Regierung. Entsprechend der Regression mussten 57 Prozent in der Kanzlerfrage für eine knappe Mehrheit an Stimmen bei der Wahl reichen. Es sei noch einmal daran erinnert, dass nur die Wahlen von 1953 bis 1998 in die Bestimmung dieser Regression eingegangen sind. Die Wahl 2002 wurde wieder nachträglich zu illustrativen Zwecken in Schaubild 2 eingetragen (als x).

Anders als bei der Parteivariablen gab die Kanzlervariable schon lange vor dem Wahltag Rot-Grün berechnete Hoffnung auf einen Sieg. Es war nur eine Frage der Zeit, oder besser gesagt des Wahlkampfes, bis dieser Vorsprung im kurzfristigen Bereich sich in den Umfragen niederschlug. Hinzu kam jedoch noch ein Wahlhelfer. Das war jedoch nicht, wie viele vermuten würden, die Flut oder das plötzlich brisante Thema Irak. Hier handelt es sich nicht um zufällige Episoden des Wahlkampfes, sondern um ein verlässliches Element unseres Prognosemodells.

2.3. Regierungsverschleiß

Regierungsverantwortung ist teuer. Sie bringt zwar auch Stimmen ein, aber eher früher wie später kostet sie auch viele Stimmen (Paldam 1991). Die Deutschen kennen das nur zu gut aus der eigenen Geschichte. In der Weimarer Republik verschlissen sich Koalitionsregierungen fast so schnell wie die Reichsmark in der Inflation. Wenn auch ungleich langsamer, so unterliegt auch die Bundesrepublik diesem Gesetz. Adenauer, Schmidt und Kohl können es am Ende alle bezeugen. „Ein zutiefst demokratisches Element“, wie Bundeskanzler Schröder staunend betonte, als wir ihm unser Prognosemodell und insbesondere die Logik hinter diesem Faktor persönlich erläuterten.

Schaubild 3: Amtsperioden und Regierungswahl



Je länger eine Regierung im Amt ist, desto mehr nimmt der Wählerzuspruch ab, wie Schaubild 3 auf eklatante Weise für Bundestagswahlen bestätigt. Die Regressionsgerade weist steil bergab, und die Korrelation ist beträchtlich (-0.62). Für die 2002 amtierende Regierung hatte diese Grafik allerdings einen Lichtblick. Frisch gebackene Regierungen haben bei der ersten Wiederwahl nichts zu befürchten. Noch keine Regierungskoalition in der Bundesrepublik ist nach nur einer Amtszeit abgewählt worden. Im Gegenteil, sie haben sicher und glänzend gesiegt. Wie kommt das? Zu einem solchen Zeitpunkt scheint die Geduld der Wählerschaft mit der Regierung noch nicht allzu strapaziert zu sein. Die Wechselstimmung („Zeit für den Wechsel“) hat also noch keinen Zulauf. Das äußerte sich im Wahljahr 2002 deutlich an folgendem Befund: wenn gleich Union und FDP in der Sonntagsfrage lang vorn lagen, sprach sich in denselben Umfragen die Mehrheit für eine Fortführung der (rot-grünen) Regierung aus statt dagegen. Es war ein Paradox, das kaum Aufmerksamkeit erregte, geschweige denn die weit verbreitete Erwartung eines Sieges der Opposition in Frage stellte. Es war ein Warnzeichen, dass einfach nicht in das Erwartungsschema passte und daher ignoriert wurde - zum Schaden der Demoskopie und der Berichterstattung in den Medien über diese Wahl.

3. Die „Zauberformel“

Unser Prognosemodell für Bundestagswahlen (die „Zauberformel“) berücksichtigt, wie gesagt, drei Elemente - ein langfristiges (abgedeckt durch die Parteienstärke bei den letzten drei Wahlen), ein kurzfristiges (abgedeckt durch die Kanzlerunterstützung) und eine mittelfristige Verschleißdynamik (abgedeckt durch die Zahl der Amtsperioden einer Regierung). Mit Hilfe einer Regressionsanalyse haben wir ermittelt, dass diese drei Elemente den Stimmenanteil der Regierungsparteien bei den Bundestagswahlen 1953-1998 wie folgt bestimmen:

$$\text{STIM} = - 6.55 + 0.76*(\text{PAR}) + 0.39*(\text{KAN}) - 1.50*(\text{AMT})$$

STIM: Stimmenanteil der Regierungsparteien bei einer Bundestagswahl

PAR: Langfristige Parteiunterstützung (Mittel der Stimmenanteile der Regierungsparteien bei den letzten drei Bundestagswahlen)

KAN: Kanzlerunterstützung (unter Ausschluss von Unentschlossenen)

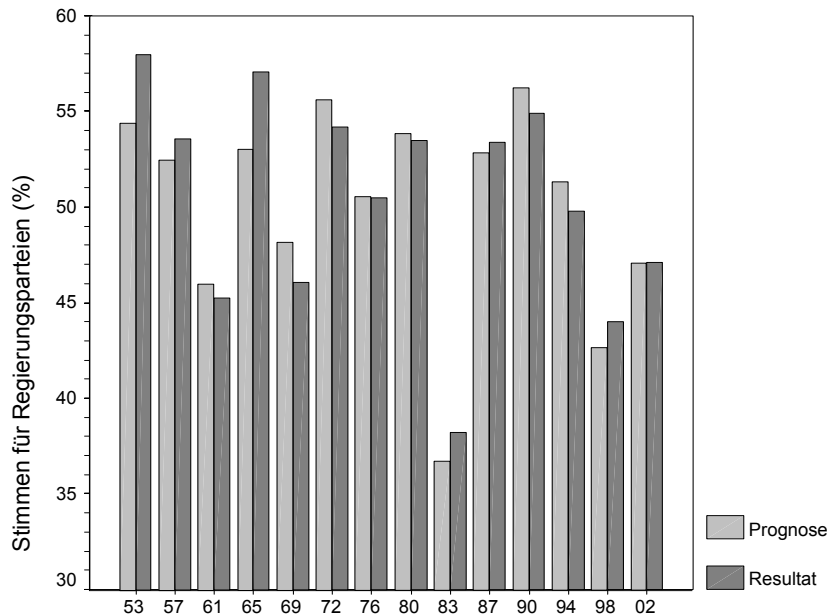
AMT: Amtsperiode der Regierung

Diese Formel trifft die Ergebnisse der Bundestagswahlen von 1953 bis 1998 mit 94-prozentiger Genauigkeit (Adj. $R^2 = 0.936$). Und alle drei Elemente haben eine statistisch signifikante Wirkung jenseits irgendwelchen Zweifels ($p < 0.001$). Theoretisch ist dieses Modell in der Lage, auch Ergebnisse vergangener Bundestagswahlen mit hoher Genauigkeit zu prognostizieren (Gschwend und Norpoth 2001: 489-491)⁸. Solche „als-ob“ Prognosen (siehe Schaubild 4) weichen nur selten um mehr als 1

⁸ Bei diesem Verfahren schätzt man für jede Bundestagswahl die Parameter der Formel neu unter Ausschluss der betreffenden Wahl, und prognostiziert dann mit Hilfe der so gewonnenen Schätzwerte das Ergebnis der jeweiligen Wahl. Man tut also bei jedem dieser Tests so, als ob die betreffende Wahl noch nicht stattgefunden hätte und man eine Prognose über die Zukunft anstellen möchte.

Prozent von den jeweiligen Ergebnissen von 1953 bis 1998 ab. Und sie tippen alle auf den richtigen Gewinner. Bis zur Wahl 2002 war es die äußerst knappe Wahl im Jahr 1976, wo unsere Modellprognose am genauesten traf. Sie verpasste den Anteil der sozialliberalen Koalition (50.5%) nur um einen Zehntel Prozentpunkt.

Schaubild 4: Prognosen und Resultate



Das macht Mut bei dem Vorhaben, den Ausgang einer noch anstehenden Wahl zu prognostizieren. Man denke: wie 1976 stand auch 2002 ein SPD-Kanzler aus dem Norden im Duell gegen einen CDU/CSU-Herausforderer aus dem Süden. Um eine echte (Ex-ante) Prognose der Wahl 2002 machen zu können, benötigten wir die entsprechenden Angaben über die drei Elemente im Wahljahr 2002 und wir brauchten sie *vor* dem Wahltag. Dabei musste ein Hindernis besonderer Art aus dem Weg geräumt werden, das uns die deutsche Vereinigung beschert hat. Es war klar, dass die Prognose für Deutschland insgesamt gelten musste. Das Prognosemodell bezog sich jedoch nur auf die alte Bundesrepublik. Die neuen Bundesländer waren in die obige Schätzung der „Zauberformel“ nicht eingegangen. Sonst hätten wir den Rahmen der Analyse nicht konstant halten können. Und die Neuen Länder separat zu behandeln, ging auch nicht bei der geringen Fallzahl von Wahlen im Osten (N = 3). Also hätten wir streng genommen nur eine Prognose für die alten Länder erstellen dürfen. Aber wen hätte das interessiert? Es war also ein Wagnis, das in der (alten) Bundesrepublik erprobte Modell für eine Prognose im vereinigten Deutschland zu benutzen, und dabei „gesamtdeutsche Werte“ für die drei Elemente im Wahljahr 2002 einzusetzen. Das war nicht ungefährlich, aber, wie wir hofften, nicht tödlich für die Prognose 2002.

Unsere „Zauberformel“ ergab dementsprechend folgende Prognose für die Regierungsparteien bei der Wahl 2002:

$$\begin{aligned} \text{Rot-Grüne Prognose für 2002} &= -6.55 + 0.76*(43.3) + 0.39*(57) - 1.50*(1) \\ &= 47.1\% \end{aligned}$$

Diese am 26. August verbreitete Prognose versprach einen Sieg über CDU/CSU und FDP, solange alle sonstigen Parteien, einschließlich der PDS, zusammen mindestens 6 Prozent erhielten. Letzteres konnte als sicher gelten bei einem Schnitt von etwa 9 Prozent für diese Parteien in den letzten drei Bundestagswahlen. Die Stimmenprognose besagte allerdings nichts darüber, ob Rot-Grün damit eine Mehrheit im Bundestag erringen würde. Dazu hätte es eines weiteren Prognosemodells bedurft (für das PDS-Zweitstimmenergebnis, sowie für den Ausgang des Erststimmen-Rennens in einigen Wahlkreisen). Dafür hatten wir keine Zauberformeln. Aber eins sagte unsere Prognose eindeutig vor der Wahl: Rot-Grün besiegt Schwarz-Gelb! Und so kam es auch.

4. Prognoseschwankungen

Es war nicht erst einen Monat vor der Wahl, dass unsere Prognose einen rot-grünen Sieg vorhersagte. Bereits im Juni ergab eine vorläufige Prognose (von dpa am 23. Juni verbreitet) ein solches Ergebnis. Auch sie prophezeite den Regierungsparteien 47.1 Prozent. Das war unser Debüt im Vorhersagegeschäft in Deutschland. Jene Prognose war es, die die öffentliche Diskussion über das Prognosemodell in Gang brachte, zumal sie zu einem Zeitpunkt erschien, als die Umfragen durchweg der Opposition einen überwältigenden Sieg versprachen und in den Parteien schon um Ministerposten gestritten wurde. In der Zwischenzeit haben wir weitere vorläufige Prognosen gemacht, die von der 47.1 Prozentmarke abwichen, je nach dem verfügbaren Grad der Kanzlerunterstützung. Somit stellt sich die Frage nach der Robustheit der rot-grünen Siegprognose. Wie stabil war diese Prognose im Wahljahr? Gab es Zeitpunkte im Wahljahr, wo sie Rot-Grün keinen Sieg versprach?

Schaubild 5: SPD/Grüne Prognosen 2002

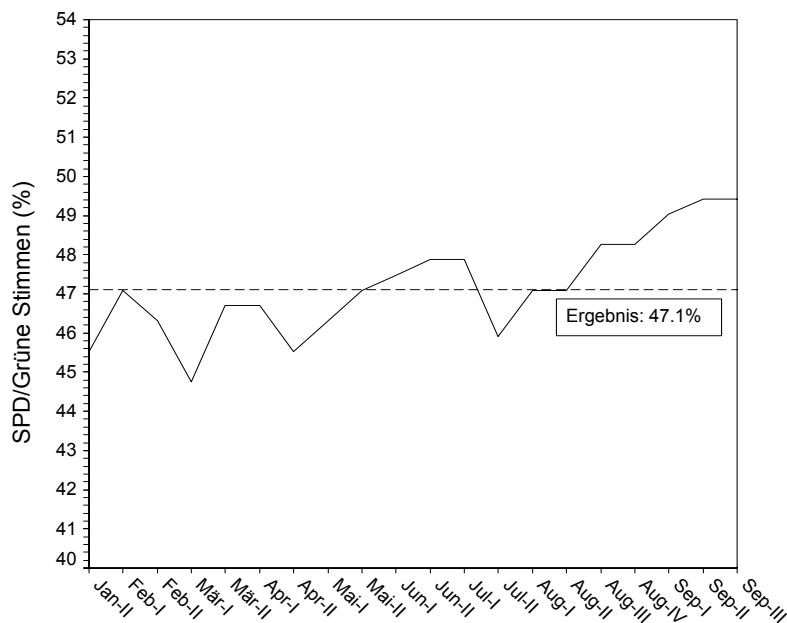


Schaubild 5 verfolgt die von unserem Modell ermöglichten Prognosen für Rot-Grün im Verlauf des Wahljahres 2002 je nach dem letzten Stand der Kanzlerunterstützung, dem einzigen der drei Elemente, das im Wahljahr variabel ist. Es gilt zu betonen, dass dies überwiegend nachträgliche Prognosen sind. Nur einige Prognosen dieser Art davon haben wir vor der Wahl verbreitet. Daneben sei vermerkt, dass die Angaben zur Kanzlerfrage durchweg Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen entstammen. Unsere erste Prognose (im Juni verbreitet) beruhte auf Daten zur Kanzlerfrage im Mai-II Politbarometer. Das war ohne jeden Zweifel ein Glücksfall. Bei dem Grad von 57 Prozent an Kanzlerunterstützung zu jenem Zeitpunkt ergab das genau die Siegesmarke von 47.1 Prozent für Rot-Grün. Einen Monat früher (April II) hätte die Prognose nur 45.5 Prozent gelautet.

Insgesamt gesehen bewegen sich diese Prognosen im ganzen Wahljahr erstaunlich nahe am endgültigen Ergebnis. Die Abweichung beträgt im Schnitt gerade 1.3 Prozent. Das ist äußerst beachtlich für eine Wahl, wo den Sieger (Rot-Grün) am Ende gerade 1.2 Prozent vom Verlierer (Schwarz-Gelb mit 45.9 Prozent) trennt. Schon im Februar deutet die Modellprognose auf Schröders Sieg. Von Ende Mai an lässt sie daran kaum mehr zu zweifeln⁹.

5. Prognose für die Wahl 2006

Der Stimmenanteil der Regierungsparteien am 22. September 2002 war aus Sicht unseres Vorhersagemodells natürlich ein Traumergebnis. Nicht nur haben wir uns schon früh und vor allen anderen auf Rot-Grün statt Schwarz-Gelb als Wahlsieger öffentlich festgelegt, sondern haben mit unsrer Prognose obendrein eine Punktlandung vollbracht. Eine derart exakte Vorhersage ist natürlich nicht für 2006 zu erwarten. Allerdings ist auch nicht zu erwarten, dass wir völlig daneben liegen werden. Unser Modell, das haben zahlreiche Validierungs- und Robustheitstests und nicht zuletzt die Feuertaupe von 2002 gezeigt, sagt systematisch den zu erwartenden Stimmenanteil der amtierenden Regierungsparteien voraus – und das mit beständig geringen Vorhersagefehlern. Für die Überprüfung der Gültigkeit sozialwissenschaftlicher Theorien geben wir uns normalerweise mit viel schwächeren Standards zufrieden. Wo gibt es denn schon in den Sozialwissenschaften vergleichbare Fälle, in denen wir die Kombination mehrerer geschätzter Koeffizienten mit so geringen Abweichungen präzise angeben können?

Glücklicherweise haben wir nun auch die Ergebnisse der Bundestagswahl 2002 zur Verfügung, um den zu erwartenden Stimmanteil der amtierenden Regierungskoalition für 2006 vorherzusagen. Intuitiv sollte ein mehr an Information auch zu einer sicheren Schätzung führen. Da die Bundestagswahl 2002 sich völlig in das theoretische Bild unseres Modells einfügt, sollten unsere Folgerungen basierend auf den geschätzten Regressionskoeffizienten weniger mit Unsicherheit behaftet sein. In Tabelle 1 stellen

⁹ Es sei vermerkt, dass unser Prognosemodell streng genommen verlangt, die Kanzlerunterstützung nicht mit einer Erhebung, sondern mit dem Mittel von zwei aufeinander folgenden zu ermitteln. Die endgültige Prognose (am 24. August verbreitet) beruhte auf dem Schnitt der Politbarometer ein Monat (August II) und zwei Monate (Juli II) vor der Wahl. So verlangte es die Spezifikation des Prognosemodells und diese Regel wurde bei

wir nun die neuen Schätzergebnisse unseres Prognosemodells den bisherigen Ergebnissen gegenüber. Der einzige Unterschied liegt in der Anzahl der Bundestagswahlen, die wir zugrunde legen. Die Schätzergebnisse des ersten Modells basieren auf Daten von 1953-2002, während die Schätzergebnisse des zweiten Modells, die bereits lange vor der letzten Bundestagswahl publizierten Ergebnisse (Gschwend und Norploth 2001: 488) als Referenzmodell reproduziert.

Tabelle 1: Test des multivariaten Prognosemodells für Bundestagswahlen

Unabhängige Variablen	Abhängige Variable: Stimmenanteil der Regierungsparteien			
	1953-2002		1953-1998	
	Parameter ¹⁾	(SF)	Parameter ¹⁾	(SF)
Langfristige Parteienstärke	0.75***	(.09)	0.76***	(.10)
Kanzlerunterstützung	0.38***	(.04)	0.39***	(.05)
Abnützungsprozess	-1.52**	(.30)	-1.50***	(.35)
Konstante	-5.93	(5.32)	-6.55	(6.61)
\bar{R}^2	0.939		0.936	
SFR	1.39		1.46	
(N)	(14)		(13)	
Durbin-Watson d	1.80		1.76	

** p<.001, ** p<.001

1) Unstandardisierte Regressionskoeffizienten.

Die Hinzunahme der Daten für die Bundestagswahl 2002 ändert erwartungsgemäß wenig an den geschätzten Regressionskoeffizienten. Alle Koeffizienten bleiben signifikant und haben das erwartete Vorzeichen. Im Vergleich zum Referenzmodell ändern sich die geschätzten Koeffizienten nicht, jedenfalls nicht jenseits allgemein tolerierter Unsicherheitsbereiche in den Sozialwissenschaften. Erwartungsgemäß erhöht sich auch die Erklärungskraft des Modells geringfügig, während der Standardfehler der Residuen (SFR), als ein Durchschnittsmaß wie weit das Modell bisher von den beobachteten Werten abweicht, leicht abnimmt.

Was lässt bereits heute für die Vorhersage der Bundestagswahl 2006 sagen? Zur Prognose verwenden wir die geschätzten Koeffizienten unserer Regressionsanalyse basierend auf Daten von 1953-2002. Unsere „Zauberformel“ für 2006 lautet demnach:

$$\text{Prognose für Rot-Grün 2006} = -5.93 + 0.75*(\text{PAR}) + 0.38*(\text{KAN}) - 1.52*(\text{AMT})$$

Um eine endgültige Prognose für 2006 abzugeben, brauchen wir noch die entsprechenden Werte der erklärenden Variablen. Glücklicherweise sind zwei der drei Werte bereits heute bekannt. Die Amtsperiode der Regierung (AMT) ist nunmehr die zweite, d.h. die Kosten des Regierens haben sich für die

den bisherigen Bundestagswahlen befolgt. Auch wenn das nicht immer die optimale Spezifikation sein mag, mit ihr geht man auf Nummer Sicher.

amtierende Regierungskoalition im Gegensatz zu 2002 verdoppelt. Als Wert für diese Variable muss daher 2 in die Prognoseformel eingesetzt werden. Die längerfristige Parteienstärke (PAR), ergibt sich definitionsgemäß als Mittel der Stimmanteile für Rot-Grün bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002. Die amtierende Regierungskoalition kommt hierbei auf einen Wert von 46.1, den wir ebenfalls in die Prognosegleichung einsetzen. Somit vereinfacht sich unsere Prognosegleichung für 2006 wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Prognose für Rot-Grün 2006} &= -5.93 + 0.75*(46.1) + 0.38*(KAN) - 1.52*(2) \\ &= 25.61 + 0.38*(KAN) \end{aligned}$$

Bis auf den Wert der Kanzlerunterstützung kurz vor der Wahl sind alle benötigten Werte vorhanden. Daher ist es heute noch nicht möglich eine exakte Prognose mit unserem Modell zu erstellen. Allerdings können wir aufgrund hypothetischer Popularitätswerte des Bundeskanzlers, die er kurz vor der Wahl genießen wird, dennoch sogenannte *bedingte Prognosen* errechnen. Das folgende Schaubild 6 gibt einen Überblick darüber, wie stark die einzelnen bedingten Prognosen für den Stimmenanteil von Rot-Grün voneinander abweichen unter der Annahme, dass der Kanzler sich einem bestimmten Grad an Unterstützung in der Bevölkerung erfreut.

Schaubild 6: Modellprognose für Rot-Grün in 2006.

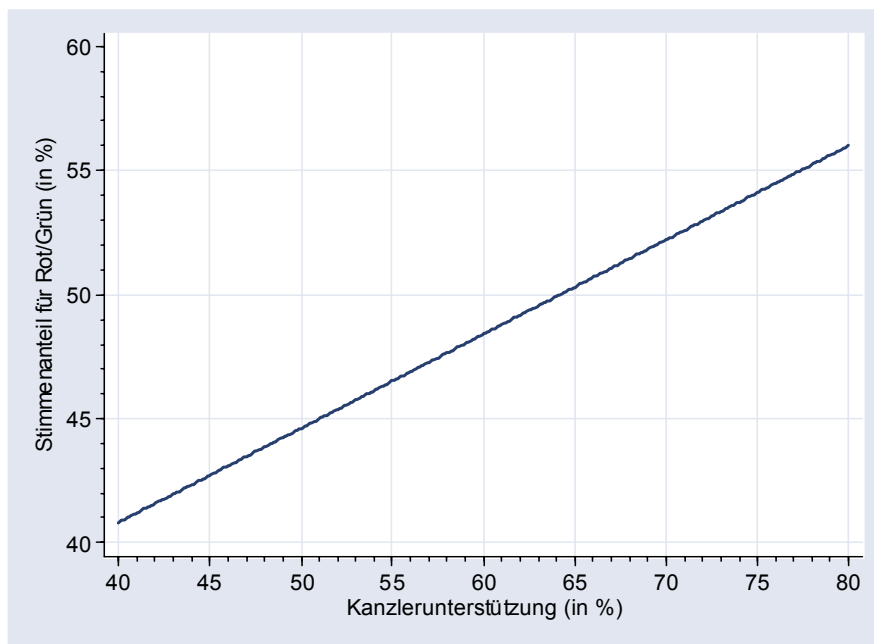


Schaubild 6 lädt heute schon einmal ein über den möglichen Ausgang der nächsten Bundestagswahl zu spekulieren. Eines ist klar: Je populärer der Kanzler sein wird, desto eher ist eine dritte Amtsperiode für Rot-Grün möglich. Geht der Kanzler beispielsweise mit derselben Popularität wie 2002 in die heiße Phase des Wahlkampfes (57%), dann sagt unser Modell der Rot-Grünen Koalition sogar einen etwas höheren Stimmenanteil (47.3%) voraus. Das sollte für einen Sieg über Schwarz-Gelb reichen, sofern die anderen Parteien, die PDS miteingeschlossen, nicht weniger als 5.4 Prozent der Stimmen

erhält. Fällt die Popularität des Kanzlers stellvertretend für das Ansehen der Regierung unter 50 Prozent, dann rät unser Modell davon ab, noch irgend etwas auf den Fortbestand der Regierung zu setzen. Allerdings sagt unser Modell der Rot-Grünen Regierung eine dritte Amtsperiode voraus, wenn der Kanzler über eine Unterstützung von mindestens 65 Prozent verfügt. Einen solchen Wert haben sozialdemokratische Kanzler wie Helmut Schmidt vor der Bundestagswahl 1980 oder Willy Brandt vor der Bundestagswahl 1972 schon übertroffen. In diesem Fall würde unser Modell der Regierung eine absolute Mehrheit der Stimmen prognostizieren.

Über Gedeih und Verderb der amtierenden Koalition zwischen diesen beiden Benchmarken entscheiden neben der Popularität des Kanzlers drei Faktoren, die nicht in unser Modell integriert werden können: Erstens, wie viele Stimmen bekommen die sonstigen Parteien, die nicht im Bundestag repräsentiert sein werden? Es ist ein mechanischer Effekt des deutschen Wahlsystems: Je besser diese kleinen Parteien bei der Wahl abschneiden, desto eher hilft das der amtierenden Regierungskoalition zu einer Mehrheit der Sitze im Parlament, falls sie stärker ist als eine Koalition von CDU/CSU und FDP. Zweitens, wie viele Sitze kann die PDS, möglicherweise auch nur über Direktmandate, erringen? Falls die Regierung sich nicht auf Kooperationsmodelle mit der PDS einlassen will, dann wird eine Mehrheit der Sitze im Bundestag für Rot-Grün eher wahrscheinlich, je weniger Sitze die PDS erringen kann. Drittens, gibt es einen Überhangsmandatsüberschuss zu Gunsten der SPD? In diesem Fall wäre bei gleichem Zweitstimmenergebnis natürlich die amtierende Regierungskoalition bevorteilt.

Unser Fazit ist demnach eindeutig: Liegen die Popularitätswerte des Kanzlers zwischen 50% und 65%, dann kommt es nicht nur auf den Kanzler an, sondern neben dem Anfallen von Überhangmandaten gerade auch auf das Abschneiden der kleinen Parteien, insbesondere der PDS¹⁰. Eine womöglich entscheidende Petitesse, die leicht in der Hektik des Wahlkampfes unterzugehen droht, wenn sich die Medien und Parteiberater wie zuletzt in 2002 zu sehr mit der „Sonntagsfrage“, dem letzten Stand des Wettrennens der Parteien um die Wählergunst, beschäftigen.

6. Schlussbemerkungen

Drei Monate vor einer Wahl richtig auf das Ergebnis zu tippen, ist ein Glücksfall. Und ganz besonders, wenn Umfragen, Experten und Medien einmütig auf das Gegenteil setzen. Denselben Tipp einen Monat vor der Wahl mit neuen Daten noch einmal zu machen, das gibt zu denken. Wahlen sind keine Lotterien. Die Entscheidungen der Wählerschaft folgen bestimmten Grundregeln, die von Wahl zu Wahl recht konstant bleiben. Das macht die Wahlentscheidung insgesamt in einem gewissen Rahmen vorhersehbar.

Die in unserem Prognosemodell programmierten Grundregeln beruhen auf Einsichten, die theoretisch sowie empirisch von einer Fülle von Forschungen belegt sind. Diese Grundregeln verankern die

Wahlentscheidung langfristig in Parteibindungen und kurzfristig in Einschätzungen der Kanzlerkandidaten, und daneben (mittelfristig) in einem tendenziellen Verschleiß von Regierungen im Amt. Das sind keine zufälligen Größen wie etwa das „Busenbarometer,“ nach dem die Oberweite von Playboy-Modells Bundestagswahlen entscheidet (laut Berliner Kurier 17. 7. 2002).

Zwei der drei Modellelemente versprachen Rot-Grün gute Siegesaussichten bei der Wahl 2002. Da war zum einen die Kanzlerfrage, wo das Regierungsbündnis einen deutlichen Vorsprung vor der Opposition besaß. Wer wie Schröder als amtierender Kanzler eine Unterstützung von 57 Prozent oder mehr genießt, hat in der Geschichte der Bundesrepublik seine Regierung immer zum Sieg bei der Wahl geführt. Der andere Vorteil ergab sich daraus, dass das rot-grüne Bündnis erst eine Amtsperiode hinter sich hatte. Noch keine Regierung in der Bundesrepublik ist nach einer Amtszeit abgewählt worden. Zu einem solchen Zeitpunkt hat die Wechselstimmung („Zeit für den Wechsel“) noch nicht Zulauf.

Was die Aussichten des rot-grünen Bündnisses bei der Wahl 2002 verdüsterte, war das Element der *langfristigen* Parteiunterstützung. Nach unserer Ermittlung trat Rot-Grün mit kaum 43 Prozent an Wählerrückhalt den Kampf um die Wiederwahl 2002 an. Das war ein absoluter Tiefpunkt in der Wahlgeschichte der Bundesrepublik und prophezeite eine Niederlage. Danach sah es ja auch lange aus, wenn man die Umfragen, in denen Rot-Grün zurücklag für bare Münze nahm. Es scheint, als ob die Antworten auf die Sonntagsfrage erst spät die kurzfristigen und mittelfristigen Vorteile der Regierungsparteien registrierten, während unser Prognosemodell diese Elemente von Anfang an berücksichtigte. Statt den Wahlausgang mit Überraschungseffekten (wie Flut und Irak) zu rechtfertigen, basiert unsere Erklärung auf bewährte Grundregeln des Wählerverhaltens. Diese Grundregeln haben uns bei der Wahl 2002 nicht im Stich gelassen. Sie ermöglichten uns eine frühen Festlegung auf Rot-Grün als Wahlsieger und haben uns damit voll ins Schwarze treffen lassen.

Literatur

Brettschneider, Frank, 2001: Candidate-Voting. Die Bedeutung von Spitzenkandidaten für das Wählerverhalten in Deutschland, Großbritannien und den USA von 1960-1998. S. 351-400 in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E Stokes, 1960: The American Voter. New York: John Wiley and Sons.

Campbell, James, und James C. Garand, 2000: Before The Vote. Forecasting American National Elections. Thousand Oaks, CA: Sage Publications.

¹⁰ Obwohl wir nicht die Höhe der Wahlbeteiligung berücksichtigen können, sollte der Grad der Mobilisierung der Regierungslagerwählerschaft 2006 nicht entscheidend von dem vorheriger Wahlen abweichen.

- Gabriel, Oscar W., und Angelika Vetter, 1998: Bundestagswahlen als Kanzlerwahlen? Kandidatenorientierungen und Wahlentscheidung im parteistaatlichen Parlamentarismus. S. 505-536 in: Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann (Hg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1994. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth, 2000: Soll und Haben: Die deutsche Wählerschaft rechnet mit den Parteien ab. S. 389-409 in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann und Dieter Ohr (Hg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Gschwend, Thomas, und Helmut Norpoth, 2001: 'Wenn am nächsten Sonntag ...': Ein Prognosemodell für Bundestagswahlen. S. 473-499 in: Hans-Dieter Klingemann und Max Kaase (Hg.): Wahlen und Wähler: Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jones, Randall J., 2002: Who Will Be in the White House: Predicting Presidential Elections. New York und München: Longman.
- Kaase, Max, 1994: Is there personalization in politics? Candidates and Voting Behavior in Germany. *International Political Science Review* 15: 211-230.
- Klein, Markus, und Dieter Ohr, 2002: Gerhard oder Helmut? 'Unpolitische' Kandidateneigenschaften und ihr Einfluss auf die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1998. *Politische Vierteljahresschrift* 41: 199-224.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Charles Lewis Taylor, 1977: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 301-347.
- Lewis-Beck, Michael S., und Tom W. Rice, 1992: *Forecasting Elections*. Washington, DC: CQ Press.
- Neumeyer, Jochen, 2002: Zauberformel für Wahl: Forscher entwickeln Prognosemodell. In: dpa, 23. Juni.
- Norpoth, Helmut, 1977: Kanzlerkandidaten, *Politische Vierteljahresschrift* 18: 551-572.
- Norpoth, Helmut, 1995: Is Clinton Doomed? An Early Forecast for 1996, *PS: Political Science and Politics* 28: 201-207.
- Norpoth, Helmut und Thomas Gschwend, 2003: The Red-Green Victory: Against all Odds? *German Politics and Society* 21: 15-34
- Paldam, Martin, 1991: How Robust is the Vote Function? A Study of Seventeen Nations over Four Decades, S. 9-31 in: Helmut Norpoth, Michael S. Lewis-Beck und Jean Dominique Lafay (Hg.): *Economics and Politics. The Calculus of Support*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Pappi, Franz Urban, und Susumu Shikano, 2003: Schröders knapper Sieg bei der Bundestagswahl 2002. *Zeitschrift für Politik* 50(1): 1-16.
- Scheuch, Erwin K., 2000: Die Kölner Wahlstudie zur Bundestagswahl 1961. S. 41-58 in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, und Dieter Ohr (Hg.): 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.